

Zeitliste AKW Borken (Hessen) – nicht gebaut.

Stand: 18.01.2023

Zusammenfassung: Die Stadt Borken war im 20. Jahrhundert ein Zentrum des Braunkohleabbaus und der Braunkohleverstromung in Hessen. Der Braunkohleabbau, der hier im Unterschied zu anderen Braunkohlerevieren auch unter Tage erfolgte, wurde nach dem schweren Grubenunglück von Stolzenbach (01.06.1988) eingestellt. Am 15.03.1991 wurde auch die Erzeugung von Strom im Kraftwerk Borken durch die PreussenElektra beendet. Als Nachfolgeprojekt war ein Atomkraftwerk vorgesehen. Ein **Zentrales Brennelementzwischenlager** war geplant. Nur in Ahaus und Gorleben wurden sie gebaut. Vier weitere wurden verhindert. Die AKW-Pläne wurden aufgrund des politischen Widerstandes und fehlendem bundesweiten Strombedarf seitens der PreussenElektra 1988 zurückgezogen. Zudem war der Bau einer **Wiederaufbereitungsanlage** (WAA) in Borken angedacht worden. 1987 wurden Überlegungen zum Bau eines **Hochtemperaturreaktors** angestellt. Die Pläne wurden 1995 endgültig aufgegeben. Im 21. Jahrhundert verknüpfen das Borkener Seenland und das Hessische Braunkohle Bergbaumuseum die Landmarken und Hinterlassenschaften der Bergbau- und Kraftwerksära zu einer erlebnisorientierten Freizeit- und Museumslandschaft.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Borken_\(Hessen\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Borken_(Hessen))

https://de.wikipedia.org/wiki/Kraftwerk_Borken

<https://www.spiegel.de/politik/schwachstelle-erkannt-a-79ae8f75-0002-0001-0000-000040736461?context=issue>

11.09.1974 BRD/Hessen/Wiesbaden/Borken: Die PreussenElektra AG (PREAG) beantragt beim zuständigen Ministerium einen 1.300 MW Druckwasserreaktor im Schwalm-Eder-Kreis in der Gemarkung Gombeth bei Borken. (Nordhessischer Umweltbote, Bürgerinitiativen informieren, Nr. 1, Mai 1978 und Presseinformation VGH Hessen, 26.01.2000)

Ostern 1977 BRD/Bundesweit: Die Initiativen gegen Atomenergie knüpfen an die Tradition der Ostermarsche an und rufen zu Demos und Kundgebungen an AKW-Bauplätzen oder bereits laufenden Atomanlagen auf. In Biblis fordern 5.000 Menschen die Abschaltung der beiden Reaktoren. In Grohnde demonstrieren rund 1.000 AKW-Gegner*innen, in Borken (Hessen), Brokdorf und Krümmel jeweils mehrere hundert Menschen. (... und auch nicht anderswo!, 1997)

September 1977 BRD/Borken/Hessen: An die Öffentlichkeit dringt, dass die DWK hier ein Zentrales Brennelementzwischenlager plant. (Nordhessischer Umweltbote, Nr. 1, Mai 1978)

01.09.1977 BRD/Ahaus: Zum ersten Male wird in der Öffentlichkeit bekannt ein Atommüllzwischenlager an sechs möglichen Standorten zu errichten. **Krümmel, Borken (Hessen), Karlstein am Main und Wertingen (Bayern), Meppen (Niedersachsen) und Ahaus (NRW).** Dem BBU wurde die interne Studie der DWK zugespielt, die in einer Pressekonferenz öffentlich gemacht wurde. (.... auch keine Zwischenlösung! Probleme + Risiken der „Zwischenlagerung“ von Atommüll. Tagungsbericht des Atommüllzwischenlagers - Hearing in Ahaus am 13. - 14.09.1980, Hrsg.: Öko-Institut, Arbeitsstelle Hannover und BBU, Januar 1981)

01.11.1977 BRD/Wiesbaden/Borken: Das Hessische Kabinett entscheidet, dass Borken als Standort für ein zentrales Brennelementzwischenlager nicht in Frage kommen, da „Borken in eine Region liege, die durch Erdstöße gefährdet werden könne.“ (HNA v. 04.11.1974)

November 1978 BRD/Hessen/Borken: Plakat: Hier soll das Atomkraftwerk Borken entstehen! **Gefahr für das Leben und Landwirtschaft.** Rund 50 ha. (500000 qm) Nutzflächen werden vernichtet. **Strom, der Steuer-Milliarden kostet** – aus Kernenergie, die uns sauber + todsicher mit Atommüll ins Jenseits befördert. Wir werden den Preis nicht bezahlen: **Kein Atomkraftwerk in Borken!** (Hessischer Umweltbote Nr. 6, Titelblatt) unter
<https://www.buchfreund.de/de/d/p/72897196/christen-gegen-atomkraft-in-nr-6-nordhessischer#&gid=1&pid=1>

Hessischer Umweltbote Nr. 3, Juli 78, Titelblatt, Unterschriften: Sanfte Technologien, Strahlenbelastungen, Billiger Atomstrom, Borken ...
<https://www.buchfreund.de/de/d/p/72897197/ein-millirem-pro-jahr-die-lebensluege-der#&gid=1&pid=1>

1980 BRD/Hessen/Wiesbaden/Borken: Das Genehmigungsverfahren zum geplanten 1.300 MW AKW in Borken wird verwaltungsintern nicht mehr betrieben. (Presseinformation des Hessischen VGH, 26.01.2000)

08.03.1980 BRD/Borken: Bundesweiter Anti-AKW-Aktionstag auch am geplanten AKW-Standort Borken mit mehreren 100 Menschen. Film Super 8 unter <http://www.youtube.com/watch?v=5wDThwoDQwk>

01.05.1980 BRD/Borken: Anti-AKW-Demonstration anlässlich der 1. Mai-Kundgebung 1980 in Borken (Hessen). Der damalige Ministerpräsident Holger Börner (SPD) sprach bei der offiziellen DGB-Mai-Kundgebung. Die Demonstranten wurden ausgesperrt. Die O-Tonaufnahmen zeigen die klaren Fronten auf. Der Film ist unter Kanal Chattengaustudio zu finden. Einfach den Kanal aufrufen und den Film aussuchen.
<http://www.youtube.com/watch?v=XMBdbDBMPXM>

21.09.1980 BRD/Hessen/Biblis/Borken: Nach dem neuen AKW-Fertigungsprogramm, „**Baulinie 80**“ genannt, sollen außer **Biblis C** auch die Atomkraftwerke **Emsland, Borken, Neckarwestheim II und Isar 2**, die allesamt das atomrechtliche Genehmigungsverfahren noch nicht hinter sich haben, „zeichnungsgleich im Konvoi“ gebaut werden. Die Aufnahme von **Biblis C** in das Konvoi-Konzept, die nach Wirtschaftsminister Karry (Hessen) in „**reibungsloser Abstimmung**“ mit ihm geschah, war in Wahrheit zwischen Ministerium, RWE und KWU heftig umstritten.

<https://www.spiegel.de/politik/noch-mal-neu-a-f598ad58-0002-0001-0000-000014331645?context=issue>

1985 BRD/Hessen/Borken: Probebohrungen auf dem Gelände des geplanten AKW in Borken werden durchgeführt. (Presseinformation des Hessischen VGH, 26.01.2000)

15.03.1986 BRD/Borken/Hessen: Demoaufruf gegen das geplante 1.300 MW AKW. (Flugblatt, im Anti-AKW-Archiv, Grüne UVF, dieses Archiv ist an das Grüne Archiv Berlin 2001 weiter gegeben worden)

12.03.1996 BRD/Wiesbaden/Borken: Das hessische Umweltministerium lehnt den Genehmigungsantrag zum Bau eines 1.300 MW AKW endgültig ab. 1974 wurde der Antrag von der PREAG gestellt. Ende 1986 erklärte die Hessische Landesregierung, dass es keinen Bedarf für ein AKW in Borken gäbe. (Presseerklärung des Umweltministeriums im Anti-AKW-Archiv, Grüne UVF, dieses Archiv ist an das Grüne Archiv Berlin 2001 weiter gegeben worden. Dort unter E.11 - Anti-Atom- und Energiearchiv von 1972 - 2001)

April 1996 BRD/Hessen/Wiesbaden/Borken: Die PREAG erhebt Klage gegen den Bescheid des Umweltministeriums und nimmt den Genehmigungsantrag für ein geplantes 1300 MW AKW in Borken zurück. (Presseinformation des Hessischen VGH, 26.01.2000)

19.07.1996 BRD/Wiesbaden/Borken: Das Umweltministerium setzt die Gebühr für das Genehmigungsverfahren für das geplante AKW in Borken mit einem Bescheid auf 3.290.000,-- DM fest. (Presseinformation des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH), 26.01.2000)

19.07.1996 BRD/Wiesbaden/Borken: Das Umweltministerium setzt die Gebühr für das Genehmigungsverfahren für das geplante AKW in Borken mit einem Bescheid auf 3.290.000,-- DM fest. (Presseinformation des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH), 26.01.2000)

26.01.2000 BRD/Wiesbaden/Kassel/AKW Borken: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hebt den Gebührenbescheid vom 19. Juli 1996 auf, die AKW Betreiberin PREAG hätte zum Genehmigungsverfahrensentscheid der Behörden gegen das geplante AKW in Borken vorher gehört werden müssen. Der VGH hat die Revision gegen dieses Urteil nicht zugelassen. AZ: 2 A 1165/96 (Presseinformation des Hessischen VGH, 26.01.2000) **Kommentar:** Das Land Hessen hat trotzdem gegen dieses Urteil Klage beim BGH in Leipzig eingereicht. Der BGH in Leipzig hat aber das VGH Kassel Urteil bestätigt, auch hier hat das Land Hessen verloren.

31.08.2000 BRD/Leipzig/Hessen/AKW Borken: Zum Atomkraftwerk Borken in Planung bestätigt das Bundesverwaltungsgericht (BVG) in das Urteil des Verwaltungsgerichtshof Kassel. Das BVG hat seinen Sitz im Gebäude des ehemaligen Reichsgerichts ab 1895 - 1945 in Leipzig. Vorher ab 1953 war das BVG in West-Berlin. Seit 2002 wieder in Leipzig. Der VGH hatte eine Revision gegen dieses Urteil nicht zugelassen. AZ: 2 A 1165/96 (Presseinformation des Hessischen VGH, 26.01.2000) Das Land Hessen hat trotzdem gegen dieses Urteil Klage beim BGH in Leipzig eingereicht. Der BGH in Leipzig hat aber das VGH Kassel Urteil bestätigt, auch hier hat das Land Hessen verloren. Der Streitwert wurde vom BVG auf 2.320.000 DM festgelegt. BVerwG, Beschluss vom 31.08.2000 – 11 B 30.00

► <https://lexetius.com/2000,1959>

Dieter Kaufmann, Arbeitskreis gegen Atomanlagen Frankfurt am Main

Abkürzungen:

DWK: Die Will Keiner! (Spitzname der Anti-AKW-Bewegung) Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (Anti-AKW Kalender 1981), träumte in den 70er und 80er Jahren von einer WAA in Gorleben (Niedersachsen), Rheinland-Pfalz, Hessen, Wackersdorf (Bayern) und irgendwo sonst wo, heute (1998) schon lange aufgelöst, da die „Geschäftsgrundlage“ seit 1989 entfallen ist. Insgesamt waren mal 34 WAA für Westdeutschland geplant. Siehe Plakat mit knapp 600 AKW. Broschüre 25 Jahre Schacht Konrad.

Grüne UVF: Die Grünen im Umlandverband Frankfurt am Main. Eine Kommunalfraktion im Rhein-Main-Gebiet von 1981 bis 2001. Ein Mitglied hatte ein Anti-AKW-Archiv 1981 eingebracht das von 1972 bis 2001 weiter geführt wurde. Grünes Archiv. E.11 - Anti-Atom- und Energiearchiv unter [https://www.archivesportaleurope.net/advanced-search/search-in-archives/results-\(archives\)/?repositoryCode=DE-00000002330&levelName=archdesc&t=hg&recordId=HG_DE-B1566_140083655](https://www.archivesportaleurope.net/advanced-search/search-in-archives/results-(archives)/?repositoryCode=DE-00000002330&levelName=archdesc&t=hg&recordId=HG_DE-B1566_140083655)